

Veranschauligungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzusehen
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 202-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verleger: Dorothea-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 202-297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Attentat der Geisteskranken.

Verhaftung zweier Ausländer.

Rom, 8. April. (WIB.) Die Untersuchung des Attentats auf Mussolini hat bisher folgende Ergebnisse gehabt: Mich Gibson ließ nach der Tat ein Fläschchen mit Jodtinktur fallen, die mit einem noch nicht festgestellten Präparat gemischt war. Es scheint, daß sie mit dieser Mischung nach der Tat Selbstmord begehen wollte.

Der Revolver, mit dem Mich Gibson auf Mussolini schoss, ist ein französisches Fabrikat (Lebel) vom Kaliber 6,35 Millimeter.

Die Verhaftete, die bisher jede Auskunft verweigerte, macht den Eindruck einer Geisteskranken, und man nimmt an, daß kein Komplott vorliegt. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung der Gibson wurden u. a. antisowjetische ausländische Blätter gefunden.

Wie die Blätter melden, wurden nach dem Attentat auf Mussolini zwei Ausländer verhaftet, deren Namen nicht bekanntgegeben wurden.

„Im allgemeinen Ruhe“ — aber drei Ueberfälle.

Rom, 8. April. (WIB.) Als bald nach dem Attentat auf Mussolini wurde die Miliz mobilisiert und in den Kasernen zusammengezogen. Den Aufmärschen zur Ruhe, die der Gouverneur von Rom und der Generalsekretär der faschistischen Partei erließen, wurden im allgemeinen Folge gegeben. Bei dem bereits gemeldeten Sturm auf das Oppositionsblatt „Mondo“ wurde die Einrichtung der Redaktion zertrümmert, eine Druckmaschine zerstört und der Papiervorrat verbrannt. Auch auf das Gebäude der „Voce Repubblicana“ erfolgte ein Ueberfall. Demonstrationen zerstreuten schließlich auch das Bureau der Arbeitervereinigungen. „Es geht vorwärts“. In der Kirche San Marcello fand nachmittags ein feierliches Te Deum aus Anlaß des mißglückten Attentats auf Mussolini statt. Der Freude über die Errettung Mussolinis wurde weiter durch reiche Beflaggung und Illumination der Häuser Ausdruck gegeben.

Mussolini muß zur Ordnung mahnen.

Rom, 8. April. (WIB.) Bei der Vorstellung der neuen faschistischen Parteileitung betonte Mussolini in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit, alle Geschäftsmänner aus der Partei auszuschalten. Er schloß mit den Worten: „Es geht vorwärts. Wenn ich vorwärts schreite, folgt mir; wenn ich zurückweiche, tötet mich; wenn ich sterbe, rächt mich.“ Nach diesem Empfang begab er sich in den Palazzo Chigi, von dessen Balkon er auf das stürmische Drängen der Menge die bereits gemeldete Rede hielt.

Faschismus gegen die Welt der Demokratie.

Mussolinis Ansprache an die neue Parteileitung.

Rom, 8. April. (WIB.) Der Vorstellung der neuen faschistischen Parteileitung im Palais Vittorio wohnten sämtliche Parteisekretäre aus den Provinzen, die Minister und Unterstaatssekretäre und der Oberbefehlshaber der Nationalmiliz bei.

Mussolini, der von den Anwesenden lebhaft begrüßt wurde, sagte in seiner Rede: Man könnte die Parteileitung auch das Ministerium der Partei nennen. Die Parteileitung ist die Seele der Partei, das Element, das die Partei leitet und kontrolliert. Die Partei muß nicht nur in voller Wirksamkeit erhalten werden, sondern diese Wirksamkeit muß unsere tägliche Arbeit werden. Diejenigen, die glauben, daß die Partei ihr historisches Ziel erreicht habe, täuschen sich. Die Partei ist die politische und geistliche Reserve der Regierung, die Korporationen sind die wirtschaftliche Reserve und die Miliz ist ihre militärische Schutz.

Die Partei muß die Nation in allen ihren Schichten faschistisch machen, sie muß die leitenden Männer für alle Einrichtungen des Regimes stellen.

Hinsichtlich der Uebergabe der Vollmachten der bisherigen Parteileitung an die neue sagte Mussolini: Es gibt nichts Neues, nichts hat sich geändert, was die allgemeinen Richtlinien der Parteitätigkeit anlangt, d. h. man wird weiterhin unerschütterlich sein. Aus der Partei müßten die Streitsüchtigen entfernt werden, Leute, die nicht leben könnten, ohne Zwietracht zu säen. Die Faschisten müssen zweiseitig diszipliniert sein, sowohl als Faschisten wie als Bürger. Wir leben in einem faschistischen Staat, der alle Kräfte kontrolliert, die sich im Schoße der Nation regen, wir kontrollieren die politischen, moralischen und wirtschaftlichen Kräfte, wir sind also in vollem Umfange der faschistische Genossenschaftsstaat. Unsere Aufgabe ist schwer, und die Partei hat eine furchtbare Verantwortung vor der Geschichte übernommen.

Im Innern haben wir unsere Schlacht gewonnen, im Ausland aber ist der Sieg noch nicht errungen. Unser Kampf mit dem Ausland ist hart und immer schwerer geworden. Wir vertreten ein neues Prinzip in der Welt. Wir stellen den reinen Gegensatz dar zu der ganzen Welt der Demokratie, Plutokratie und Freimaurerei. Der große Historiker Gibbon behauptete, daß die Völker, die im gegebenen Augenblick ihrer Geschichte die politische Initiative ergreifen, sie für zwei Jahrhunderte behalten. Tatsächlich behielt das französische Volk, das 1789 die politische Initiative ergriff, sie 150 Jahre. Was das französische Volk 1789 getan hat, hat heute das faschistische Italien getan, das die Initiative in der Welt ergreift, das der Welt ein neues Wort sagt und diese Initiative wahr macht. Infolgedessen darf man nicht überfordert sein, wenn die ganze Welt der „unsterblichen“ Prinzipien der Brüderlichkeit ohne Brüderlichkeit, der ungleichen Gleichheit, der Freiheit mit Willkür, gegen uns verbunden ist.

Wir sind jetzt tatsächlich an dem Punkt angelangt, wo der Kampf schwierig, verlockend und bedeutungsvoll wird, denn die alten Ueberreste der Parteien in Italien in die Zukunft zu schlagen, war ermüdend und unheimlich, dagegen ein neues Prinzip in der Welt aufzustellen und ihm zum Siege zu verhelfen, stellt eine Arbeit dar, durch die ein Volk oder eine Revolution der Geschichte angehört wird.

Als er zum Schluß die Faschisten zu absoluter Ruhe aufforderte, erwiderten Zurufe: „Rein! Schläge, an den Galgen!“ Mussolini antwortete: „Keine Gefahr bedroht den Faschismus.“ Es erfolgte neue Zurufe: „Die Fremden, Mussolini!“ Mussolini erwiderte: „Den Fremden werden wir entgegen treten.“ (Brausende Zustimmung.) Schließlich gab Mussolini das Zeichen zu nochmaligem Schweigen, um zu erklären: „Wenn dies die Worte waren, die ihr erwartet habt, so habe ich sie nun gesprochen. Ihr werdet also nur das tun, was ich anordne, und was ich von euch in dieser Stunde verlange.“

Die Fenster Scheiben der Sowjetbotschaft zertrümmert.

Rom, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Bei der faschistischen Demonstration vor der Sowjetbotschaft, die durch das Gerücht hervorgerufen wurde, eine Russin habe auf Mussolini geschossen, wurden die Fenster eingeworfen. Zwei Studenten überstülpten das Gebäude und wurden erst durch Carabinieri aus dem Garten der Botschaft herausgeholt. Die Botschaft hat wegen des Zwischenfalles beim Auswärtigen Amt Protest eingelegt.

Aus der Geschichte der Irren.

Rom, 8. April. (WIB.) Die Blätter behandeln auch heute früh das Attentat auf Mussolini und besassen sich besonders mit der Herkunft der Täterin auf Grund der inzwischen aus England eingetroffenen Nachrichten, nach denen sie die Tochter eines Lordkanzlers von Irland, nämlich des Lord Ashbourne, ist. Ihr Bruder sei ein vielfacher Millionär, ein Lord Ashbourne, der in Frankreich seinen Wohnsitz habe.

Die englische Botschaft gibt bekannt, daß sie das Attentat auf das schärfste verurteilt und darüber entrüstet sei; besonders bedauere sie, daß eine britische Staatsangehörige ein solches Verbrechen begangen habe. Die englische Botschaft erklärt, daß sie nicht gemüht habe, daß die Täterin in Rom weile. Sie habe angenommen, daß diese nach ihrem Selbstmordversuch im vergangenen Jahre in England in einer Irrenanstalt interniert worden sei.

Die Blätter geben auch weitere Einzelheiten darüber, daß die Täterin tatsächlich bis zum Oktober vergangenen Jahres, nachdem sie aus dem Krankenhaus entlassen worden war, die ganze Zeit in einer Irrenanstalt zugebracht habe. Da sie aber bekehrte, wenn sie in England verbleibe, wiederum in einer Irrenanstalt interniert zu werden, sei sie neuerlich nach Italien gekommen, wo sie bei Krankenschwestern gewohnt habe, und zwar zuerst in der Via Gregoriana bei italienischen Schwestern, dann bei englischen Schwestern und endlich mehrere Tage bei anderen Schwestern.

Mussolini fuhr fort: Ich bin kein gewohnheitsmäßiger Optimist, ich sehe eine schwere Zeit vor mir. Aber dies muß uns, statt uns niederzudrücken, mit Stolz erfüllen. Jede siegreiche Revolution hat gegen sich eine ganze veraltete Welt. Wir werden einen uns etwa einschließenden Ring durch dreifache Maßnahmen sprengen: erstens, indem wir unsere moralische Einigkeit und die des italienischen Volkes unverletzt bewahren; zweitens, indem wir uns stützen auf das Genossenschaftssystem so, daß keine Arbeitsenergie der italienischen Produktion verloren geht. Schließlich werden wir erforderlichenfalls auch den politischen Ring sprengen, weil Italien lebt und in vollem Umfange das Recht in der Welt, zu leben, für sich in Anspruch nimmt.

Morgen werde ich an Bord des „Cavour“ noch einmal kurz zu euch sprechen, dann werdet ihr in eure Provinzen zurückkehren mit der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß der Faschismus marschiert und um jeden Preis seinen Weg machen wird, erschlossen, allen Streit und Hader auszurotten, ferner mit der Ueberzeugung, daß alles, was rings um mich geschieht, mich gleichmütig findet. Ich habe zur Devise meines Lebens gewählt: „Lebe unter Gefahren“, und ich erkläre euch als alter Kämpfer: „Wenn ich vorangehe, folgt mir! Wenn ich zurückweiche, tötet mich! Wenn ich sterbe, rächt mich!“

Was wurde aus dem Zaniboni-„Komplott“?

Capello heimlich aus der Haft entlassen.

Paris, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Der im allgemeinen vorzüglich unterrichtete „Corriere degli Italiani“ veröffentlicht eine Meldung aus Rom, die man allerdings nur unter Vorbehalt wiedergeben kann, weil sie recht seltsam klingt. Danach soll der General Capello, der seinerzeit im Zusammenhang mit dem angeblichen Zaniboni-Attentat verhaftet wurde, bereits heimlich auf freien Fuß gesetzt und mit einer offiziellen militärischen Mission ins Ausland geschickt worden sein, wie die einen sagen, nach Kleinasien und einer anderen Version zufolge, nach dem Balkan. In faschistischen Kreisen zeigt man gegenüber diesen Gerüchten, die in journalistischen Kreisen vielfach besprochen werden, größte Zurückhaltung. Indessen verschickte eine wohlunterrichtete politische Persönlichkeit dem römischen Gewächsmann des „Corriere degli Italiani“, daß der Prozeß gegen Zaniboni nicht stattfinden würde, weil Mussolini schon jetzt eine Amnestie für alle Delikte gegen seine eigene Person vorbereitet. Auf diese Art werde es dem Justizminister Rocco möglich sein, die Farsce des angeblichen Zaniboni-Komplottes abzuschließen.

Diese Meldung ist im „Corriere degli Italiani“ vor dem Bekanntwerden des Revolveranschlags der Mich Gibson auf Mussolini erschienen. Tatsächlich hat man seit Monaten von der Zaniboni-Affäre überhaupt nichts mehr gehört, hingegen ist inzwischen bekannt geworden, daß Capello seinerzeit von Mussolini beauftragt wurde, den deutschen nationalsozialistischen Verbänden ein Waffenbündnis gegen Frankreich anzubieten. Mussolini hat also alles Interesse daran, Capellos Schweigen zu erkaufen.

Trotz alledem — Völkerbund!

Von Ramsay MacDonald.

Der Völkerbund ist noch in seinen Kinderjahren. Wenn er uns enttäuscht, so müssen wir daher mit ihm Geduld haben. Die rein nationalistische und militaristische Politik der Staaten stirbt wahrhaftig nicht an einem Tage; die Gewohnheiten der Bündnisse, der geheimen Abmachungen, der gewaltigen Mächte lassen sich nicht in einer Nacht beseitigen; das Mißtrauen, das in Jahrhunderten herangewachsen ist, und die Rivalitäten, die uns so alt wie Europa selbst zu sein scheinen, werden nur langsam verschwinden. Bis dahin müssen alle diejenigen unter uns, die auf den Völkerbund vertrauen, weil er der einzig mögliche Beginn glücklicherer Zeiten ist, in denen gegenseitiges Vertrauen und die Zusammenarbeit der Nationen den Frieden sichern, redlich versuchen, für den Bund Vertrauen und sittliches Ansehen zu gewinnen, seine Fortföhrung zu verbessern, wo sie schlecht ist, müssen die Demonstrationen in ihm mehr zur Geltung kommen lassen und ihn gegen diejenigen schützen, die zwar seine Mitglieder sind, ihn aber nur für ihre eigenen Zwecke auszunutzen streben. Denn darüber muß man sich klar sein: die alte Diplomatie ist der Todfeind des Bundes, und erlaubt man ihr, ihn zu betreten, so wird sie ihn ersticken.

Das war das Schlimme an der Locarno-Methode. Völker, die nur untereinander sich verständigen, tun nicht das Richtige, mögen ihre Ziele auch noch so lobenswert sein. Eine weitaus größere Sicherheit als ein gegenseitiger Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich ist ein Völkerbund, der beiden durch ihre Mitgliedschaft die Pflicht zur Schiedssprechung und zur Bewahrung des Friedens auferlegt; dem verleiht die übrige Welt durch ihre Anwesenheit Nachdruck. Und wenn die Verfärtiger eines Teilvertrages im Augenblick der Unterschrift annehmen, daß ihr Wille der Wille des Völkerbundes sei und daß sie dafür bürgen können, daß der Völkerbund ihre Abmachungen verwirklicht, so leidet das Ansehen des Bundes; unvermeidlich folgte das Durcheinander und die Erniedrigung des letzten Monats in Genf. Es ist tief bedauerlich, daß Deutschlands Bereitschaft, in den Völkerbund einzutreten, nicht unmittelbar verwirklicht wurde. Aber die wirkliche Verantwortung dafür ruht nicht auf den Schultern von Brasilien, sondern auf denen der Kriegsbündigten, die den Locarno-Pakt unterzeichneten. Wir müssen rückhaltlos im Völkerbund sein und müssen ihn als das alleinige Werkzeug für internationale Verständigung hinhemen. Er schließt mit der Vergangenheit ab, und wenn er seiner Aufgabe gerecht werden soll, so muß er von seinen Mitgliedern geachtet werden.

Ich hoffe, daß im September die Fehler des März überwunden werden, daß Deutschland in den Völkerbund als Gleicher unter den Gleichen in den Kreis der besten und mächtigsten Nationen eintritt. Dann bleiben nur noch die Vereinigten Staaten und Rußland draußen. Nichts wäre damit gewonnen, wenn man auf jene einen Druck ausüben wollte, sich dem Bunde anzuschließen. Bringen wir erst einmal unser eigenes Haus in Ordnung. Noch für lange Zeit werden die Vereinigten Staaten nicht unbedingt notwendig für den Völkerbund sein, obgleich der Zeitpunkt dafür auch einmal kommen wird. Bei den heute vorhandenen Verhältnissen mag es richtig sein, daß die Vereinigten Staaten draußen bleiben. Wenn die Verhältnisse sich wandeln und sie die gleiche Politik weiter verfolgen, wird man sie vielleicht für egoistisch erklären. Mit Rußland liegt es anders. Rußland wünscht ganz offen, auch weiterhin eine Drohung für Europa zu bleiben. In seinem imperialistischen Nationalismus ist diese bolschewistische Macht in derselben Lage wie der ihm verwandte Faschistenstaat Italien. Wenn Rußland draußen bleibt, so mag es noch der Anständigere von beiden sein. Die friedlichen Demokratien des übrigen Europa müssen sich damit abfinden, daß sie auch weiterhin von diesen Diktatoren bedroht sein werden, und sie sollten ihre Politik darauf anlegen, sich gegen beide zu schützen. Die kleinen Völker werden am meisten bedroht sein; ihre Sicherheit kann nur ein Völkerbund sein, dem die moralische Hilfe der Welt zur Verfügung steht. Ich kann nicht glauben, daß die italienische Diktatur wegen ihres Charakters und wegen ihrer Entstehung mehr als vorübergehend sein kann. Und wenn Rußland von den auswärtigen Mächtern in richtiger Weise — sicherlich nicht so wie von unserem — angefaßt wird, so wird es andere Wege gehen, seine Selbstauslösung ausgeben und sich der Gesellschaft der Völker im Bunde anschließen.

Keiner, der den geistigen Zustand der europäischen Völker kennt, kann sich ruhig fühlen. Der Friede war ein bewaffneter Friede und hat offene Wunden und Ungerechtigkeiten hinterlassen. Die Frage ist nur: wann und wie können sie geheilt werden? Die Gelegenheiten dazu sind rechtzeitig heraufzuführen, das Vertrauen muß gestärkt werden und wir müssen uns an ein nachbarschaftliches Verhältnis gewöhnen. Dafür sehe ich keinen anderen Weg als die Zusammenarbeit und Bereitwilligkeit, die entsteht, wenn man an demselben Tische



zusammenfugt, dieselben Probleme untersucht, die gleichen Anschauungen entwickelt und die gleichen Stadien des Rechts und der Gerechtigkeit miteinander geht. Der Völkerverbund ist unsere einzige Hoffnung für einen dauernden Frieden. Schlägt sie fehl, dann bleibt uns nichts übrig, als neue Bündnisse einzugehen und den nächsten Krieg vorzubereiten. Aber sie wird nicht fehlschlagen!

## Demokratie und Kommunismus.

### Ausreden der „Roten Fahne“.

Die „Rote Fahne“ fühlt sich gedrungen, die Diskussion über Demokratie und Kommunismus fortzusetzen. Sie macht sich dabei die Sache ungeheuer leicht, indem sie dem Genossen Stampfer allerlei Unsinn unterzieht — wie z. B. die Behauptung, die Demokratie sei „der klassenlose Staat“ — um dann erfolgreich dagegen zu polemisieren. Wir möchten lieber den nicht uninteressanten Streit auf seine Kernfrage zurückführen. Bedeute die Beteiligung an Aktionen der direkten Gesetzgebung durch das Volk eine Abwendung von früheren Methoden des Kommunismus und eine Annahme demokratischer Methoden oder nicht?

Im Jahre 1919 z. B. verwarfen die Kommunisten noch jeden Gebrauch demokratischer Kampfmittel als konterrevolutionär. Sie beteiligten sich nicht einmal an den Parlamentarismen, dachten erst recht nicht an Volksbegehren und Volksscheid sondern predigten einfach die Eroberung der politischen Macht mit der Waffe in der Hand. Zur selben Zeit führte Genosse Stampfer in einer Broschüre über die eben vollendete Verfassung von Weimar (Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus) gegen die Kommunisten polemisierend folgende aus:

Ein Volk, das gegen die Demokratie die Faust erhebt, schlägt auf sich selber los, es handelt wie ein Wahnwahn, nicht wie ein politisch reifes Volk. Wenn die Arbeiterklasse sich nicht selbst aufgeben will, dann muß sie sich wieder einigen auf dem Boden der Verfassung. Einigung auf dem Boden der Verfassung heißt: Fort mit dem Belagerungszustand! Schulung der Arbeiterklasse im Gebrauch aller verfassungsmäßigen Machtmittel zur Fortführung ihres Klassenkampfes! Gemeinsames Bemühen, bei allen parlamentarischen Wahlen sozialistische Mehrheiten zu erzielen und als Reichspräsidenten nur einen zuverlässigen Vertrauensmann der Arbeiterklasse zuzulassen! Vereinbarungen über Geheimnisse, die der Volksabstimmung zu unterbreiten sind, und gemeinsame Propaganda für sie! Vermeidung aller Richtungskämpfe bei der Wahl von Betriebsräten, Auswahl der tüchtigsten, kenntnisreichsten Kameraden zur Wahrung der gemeinsamen Interessen! Planmäßige Sozialisierung nach den Grundgedanken des wissenschaftlichen Sozialismus durch Fortentwicklung aller vorhandenen, zum Aufbau brauchbaren Elemente! Für diese Einigung der Arbeiterklasse zu kämpfen und sie zu erreichen — mögen die Schwierigkeiten auch noch so groß sein und mögen Bruchteile der Bewegung immer noch im Wahn der Selbstzerpflüchtung verharren —, das ist jetzt die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Vielleicht hat die „Rote Fahne“ die Güte, ihren Lesern dieses Zitat mitzuteilen und zugleich einiges von dem abzufragen, was sie damals selber geschrieben hat. Dann wird sich zeigen, in welcher Richtung sich seitdem die tatsächliche Entwicklung vollzogen hat und wie weit die Kommunisten schon trotz allem Widerstreben von ihr mitgeschleppt worden sind.

Zugleich wird man sehen, wie schwindelhaft die Behauptung ist, die Sozialdemokratie habe den Sozialismus der Demokratie zuliebe preisgegeben, und welcher Unsinn es ist, Demokratie und Revolution in Gegensatz zueinander zu stellen. Die Demokratie ist eine Errungenschaft der Revolution und als solche zu verteidigen. Den Sozialismus mit den Mitteln der Demokratie anzustreben, heißt auch nur für den revolutionären Ziele aufgeben, der die Revolution nur im Heugabelsinne der brutalen Gewalt kennt. Den Kommunisten

fehlt der Mut, einzugehen, daß sie ihr praktisches Verhalten gegenüber der Demokratie geändert haben und weiter werden ändern müssen, ihnen fehlt der Mut einzugehen, daß ihre Gewalttheorie Schiffbruch erlitten hat. Darum soviel lahmte Ausreden.

Aber Angst vor der Wahrheit haben heißt alles andere als revolutionär sein.

## Klügel der Wahrheitsgegner.

### Alle Ruhmänner jubeln und — schimpfen!

Das freisprechende Urteil in dem Prozeß gegen Ruhmann und Knoll, diese Feinde der Wahrheitsfindung, hat in dem ganzen Konzern der von Knoll mit Material versorgten Blätter Jubel und Schimpfen gleichzeitig ausgelöst. Jubel darüber, daß Held Ruhmann jetzt „matellos“ dastehet, Schimpfen, weil ihm nicht mehr erlaubt ist, die „Hand an der Gurgel der Korruption“ der — anderen zu halten.

Scherl-Presse und Bestarp-Blätter, das Organ der Class-Classe und die „Tägliche Rundschau“, die zu 70 Proz. dem christlichen Hochprediger Döhning gehört, zu 30 Proz. aber Herrn Stresemann „nahsteht“, weitern in Rundgebungen für das edle Brüderpaar, das gestern auf der Anklagebank stand und mit seiner Lügenhaftigkeit öffentlich paradierte.

Der Konzern zur Reinigung der Atmosphäre in der Republik verzicht, daß selbst Ruhmanns und Knolls Aussagen kurze Beine haben; verzicht, daß die riesenhafte Standbalm um den Namen Barmat nichts anderes war, als eine Verpöschung der politischen Luft, um in diesem Dunst die Präsidentenwahl zu beeinflussen. Nachdem es gelungen war, Friedrich Ebert in den Tod zu hegen, war das Interesse an der „Reinigung“ bald erloschen. Besonders, da es gelang, die Fäden der Rache aufzubeden.

So wenig Glauben auch der Knoll verdienen mag, der sich seiner falschen Aussagen öffentlich rühmt, das eine kann man doch als wahr unterstellen: Die „Anti-Korruptionskampagne“ wurde finanziert von jenen Arbeitgeberkreisen, die die Korruption der Gewerkschaften zum Ziel setzten und beim Verband der Behrens und Genossen einen erfolgreichen Anfang machten. Daß sie versuchten, durch gewalttätige Mittel auch die Sozialdemokratie auf dem Umwege über Karl Erdmann und verwandte Größen zu verwirren, ist bekannt, aber durch die Warnung im „Vorwärts“ rechtzeitig verhindert worden.

### Der Fall Belger-Knoll.

In der gestrigen Verhandlung des Ruhmann-Knoll-Prozesses haben Ruhmann und Knoll strahlend zugestanden, vor Staatsanwalt und Untersuchungsrichter dreist gelogen zu haben. Deswegen waren ihre Angaben in der Hauptverhandlung durchaus nicht wahr. Aber die Anklagebehörde verstand auch hier einmal wieder nicht, die offensichtlichen Lügen nachzuweisen. Da bisher fast alles Material in dieser Ständeloffäre der Staatsanwaltschaft von uns erbracht werden mußte, müssen wir auch hier einmal wieder nachhelfen.

Ruhmann und auch Belger haben in der Hauptverhandlung die Sache so dargestellt, als sei Knoll ihr Vertrauensmann gewesen, dem sie mit bestem Gewissen Aktien überlassen durften. Ueber das „Wie“ haben sie sich freilich nicht ausgelassen, sonst wäre die Fabel von ihrem guten Glauben schnell zerstört gewesen. Nun hat aber zum Glück Knoll selber für den Hausgebrauch der Beteiligten eine Darstellung des wahren Sachverhaltes gegeben. Der von ihm geäußerte Zweck war dabei, daß an Hand dieser Grundlage die von der Verteidigung einzuschlagenden Wege besprochen werden könnten. Auf die naive Frage eines Anwesenden, ob es sich um eine Eingabe an das Gericht oder die Staatsanwaltschaft handle, antwortete Knoll lächelnd: „Er (der Fragesteller) sei wohl verrückt, wenn er das der Staatsanwaltschaft schreibe, so seien sie alle heterogefallen. Es solle vielmehr der Verteidigung eine Grundlage gegeben werden, wie es wirklich gewesen sei, damit man sich dann entsprechend herauslösen könnte. Es solle an der Hand des Exposé „Der Schlachtenplan besprochen werden“.

Aus diesem Exposé, das also nach Knolls Angabe die Wahrheit enthält, geht hervor, daß sich die von Belger in der Hauptverhandlung zugestandene Liebergabe eines Berichtes des Reichsrechnungshofes an Knoll durch Belger folgendermaßen abgepielt hat:

Es fand in einem Bristolal ein Zusammentreffen statt zwischen Staatsanwaltschaftsrat Belger und Knoll. Beide sahen zusammen an einem Tisch. Belger hatte eine Aktentasche mit Aktien bei sich, machte dieselbe auf, zog ein Aktienstück, welches in einem blauen Aktendeckel geheset war, halb heraus und sagte: „Wenn Knoll das wüßte, was darin steckte, dann würde Knoll genug, doch dürfte er, Belger, dem Knoll die Aktien nicht geben.“ Hierauf machte Belger die Aktentasche wieder zu und legte sie neben seinen Stuhl auf den Boden, stand auf und ging „mit einem vielagenden Sähein“ nach der Toilette. Inzwischen nahm Knoll den blauen Aktendeckel an sich und machte die Tasche wieder zu. Belger kam zurück und ging halb darauf fort. Nun ließ Belger durch Ruhmann dem Knoll mehrere Tage hintereinander jagen, Knoll möchte doch schließlich das Aktienstück wieder zurückbringen.

Aus dieser Darstellung geht klar hervor, daß von gutem Glauben weder auf Belgers noch auf Knolls Seite die Rede sein konnte. Nach der Vernehmung Belgers durch die Staatsanwaltschaft äußerte Knoll zu einem Zeugen:

Belger hätte besser daran getan, die Herausgabe eines gewissen Aktienstückes zuzugestehen und sich damit zu verzeihen, er, Belger, hätte ihn, Knoll, für einen Mitarbeiter Ruhmanns und sich deshalb für berechtigt gehalten, ihm Einsicht in das Aktienstück zu gewähren. Nun aber habe sich Belger als feige erwiesen und einen Zurückzieher gemacht, und das sei sehr gefährlich für Belger, denn wenn es in der Hauptverhandlung hart auf hart ginge, dann würden er und Ruhmann Belger hetero-slegen lassen.

Für diese Darstellung besitzen wir Urkunden und können außerdem Zeugen namhaft machen. Sie ergibt klar, daß die gestrige Hauptverhandlung eine Komödie war, bei der die Beteiligten nach einem vorgefertigten Plan sich gegenseitig entlasteten.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst erzählt, hat in der Strafsache gegen Ruhmann und Knoll die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts Berufung eingelegt.

### Was das Gericht dem Ruhmann glaubte.

In dem Prozeß gegen Ruhmann und Knoll wurde durch den Anklagevertreter, Herrn Oberstaatsanwalt Lehmann, einwandfrei folgendes nachgewiesen: Am 23. Mai 1925 ist der Staatsanwaltschaft I und damit auch Herrn Ruhmann durch ministerielle Verfügung die Sache Barmat entzogen und auf die Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht übertragen worden. Am 29. Mai erfolgte die Liebergabe der Aktien. Gleichwohl hat noch im Juni 1925 Herr Ruhmann Schritte unternommen, um einen gewissen Lionel Isaac in Rotterdam nochmals vernehmen zu lassen und zwar durch einen seiner „Vertrauensmänner“, einen gewissen Dr. Richter. Angeblick zu diesem Zweck hat er Knoll im Juni das Protokoll der früheren, von ihm und Kriminalkommissar Gans vorgenommenen Vernehmung Isaacs ausgehändigt.

Danach wäre Ruhmann in diesem Falle ungewisshaft zu bestrafen gewesen, da er im Juni gar keine Verfügungsgewalt mehr in der Sache Barmat hatte. In seinem Schlusswort kam nun Ruhmann mit der Entschuldigung, er habe auch nach Entziehung der Barmat-Sache noch andere Korruptionsfälle, darunter den „kleinen Barmat-Prozeß“ zu bearbeiten gehabt und hierfür die Vernehmung Isaacs für notwendig gehalten. Das Gericht glaubte Herrn Ruhmann dies und sprach ihn im Falle Isaac ausdrücklich mit dieser Begründung frei.

Ein geringes Eindringen in die Materie hätte sofort den ganzen Schwindel entlarvt. Wer ist nämlich dieser Lionel Isaac? Er ist ein ehemaliger angeheirateter Verwandter Barmats, der jahrelang seinem reichen Schwager auf der Talsche lag. Infolge von Handlungen, die für Herrn Isaac sehr wenig ehrenvoll sind, wurde seine Ehe geschieden und Isaac für den schuldigen Teil er-

## Der Umbau der Staatsoper.

Im Zusammenhang mit den Angriffen, denen die Pläne zum Umbau des Staatsopernhouses in der letzten Zeit ausgesetzt waren, fand gestern nachmittag in dem Sitzungssaal des Preussischen Finanzministeriums eine Pressebesprechung statt, in der der Architekt Oberbaurat Fürstenau über den Umbau der Staatsoper entworfen hat, ausführlich über die Vorgeschichte und die Pläne Auskunft erteilte.

Die wichtigste Mitteilung bestand darin, daß mit dem Umbau schon begonnen ist, so daß an der Talsche des Umbaus in der vorgezeichneten Form trotz der ausgetauchten Bedenken nichts mehr geändert werden könne. Oberbaurat Fürstenau gab zuerst einen historischen Rückblick über die Geschichte des Knobelsdorffschen Baues, aus dem hervorging, daß die Pläne zum Umbau des Opernhouses und des Zuschauerraumes im wesentlichen auf den Stand des Theaters in Illinois in den Vereinigten Staaten zurückgingen. Nachdem man nach Beendigung des Weltkrieges den Plan eines neuen Opernhouses hatte aufgeben müssen, wurde zuerst ein Umbau auf der Zuschauereite vorgenommen, der es ermöglichte, 1924 die höflichen Kottreppen zu beseitigen, so daß nunmehr den Besuchern auch bei einem Brande keinerlei Gefahr mehr droht. Nach der Darstellung Fürstenaus erheben sich aber die Verhältnisse auf der Bühnenseite dringlichste Forderungen, zumal die Bühnemaschinerie aus dem Jahre 1840 stammt und völlig erneuert werden muß. Der Plan, das Opernhaus einseitig nach dem Kronprinzpalast zu nach Osten zu erweitern, mußte aus Gründen des Verkehrs fallen gelassen werden. Das Abgeordnetenhaus hat ebenso wie die städtische Kunstkommission die Zustimmung zu dem jetzt in Angriff genommenen Plan gegeben, der eine Erweiterung des Bühnenhauses nach beiden Seiten um etwa sechs Meter vorsieht. Dadurch wird die höfliche Auslieferung auf der Rückseite des Opernhouses gegenüber der Hedwigskirche entbehrlich, der Bühnenraum erheblich erweitert, auf der anderen Seite der Opernplatz zwischen Staatsoper und Kulgebäude der Universität in seiner architektonischen Gestalt und sehr verändert, so daß die in der Ecke stehende Hedwigskirche durch den Vorbau des Bühnenhauses weitgehend verdeckt wird. Das war auch für die Zentrumstraktion des Landtages der Anlaß, gegen den vier Millionen erfordernden Umbau des Bühnenhauses zu stimmen.

Das bei dem Vortrag vorgeführte Modell des Opernplatzes zeigte u. a. daß auch eine Umgestaltung des Platzes selbst vorzuziehen ist. Der Straßenzug zum Opernhaus soll geschützt, die auf dem Platz befindlichen Bäume entfernt, das Denkmal der Kaiserin Augusta näher an die Straße unter den Linden herangerückt werden. Oberbaurat Fürstenau erhofft hieron eine freundlichere Gestaltung des städtischen Bildes. Die Talsche der Verdeckung des Hauptportales der Hedwigskirche mit seinen Säulen und seinem griechischen Giebel kann aber hierdurch nicht geändert werden.

Nach dem Vortrag legte eine lebhaft Diskussion ein, in deren Verlauf Dr. Max Osborn gegen die „Veränderung des Knobelsdorff-Gebäudes“ sprach. Zur Verteidigung des Plans nahm der Abgeordnete Gen. Otto Reiter, Berlin das Wort, der betonte, daß

die Kommission des Abgeordnetenhauses trotz schwerer Bedenken in künstlerischer und ästhetischer Hinsicht doch ihre Zustimmung gegeben habe, und zwar aus sozialen und Sicherheitsgründen.

Der auf neu gebückte alte Dessauer. „Der alte Dessauer“, die bekannte Operette von Richard Kehler, Musik von Robert Winterberg, wird wieder neu und noch lebensfähig, auch wenn man ihn, wie im Theater am Rollendorfsplatz, neu einstudiert und mit einer verschwenderischen Dekoration ausstattet. Es ist ein Versuch an untauglichen Objekten. Ein hüner und alberner Stoff — das Eheproblem zwischen einem Fürsten und einem Bürgermädchen — wird dadurch nicht interessant, daß man ihn mit Paradeärmel, Aufwand von Militäruniformen und höfischen Ritual zu belegen sucht. Die Operette bleibt eine kindliche Angelegenheit, da die Musik keine Einfälle hat und nach genau dem abgebrachten Schema verfertigt ist, wie das Libretto. Es wechseln ständig Ill und Schmalz miteinander ab. Da man darauf verzichtet hat, Darsteller mit geschulter Stimme zu beschäftigen, so wird man auch im Theater am Rollendorfsplatz mit der Operette keine Vorzeichen ernten. Aber ein Vorschlag zur Güte: Mit nur ganz wenigen Änderungen kann man aus dem alten Dessauer eine komische Parodie auf unser heutiges Gesellschaftstheater mit dem historisch-patriotischen Einschlag machen. Der alte Dessauer als Parodie, so was würde bestimmt geben. Dgr.

Das Volk am Äquator. Die „Urania“, klassisches Urauführungstheater des belehrenden Films nachgerade, zeigt täglich bis zum 11. April einen Subjektivismus hoher Qualität und großer Schönheit. „Das Volk am Äquator“ war zu der Zeit, da der Kameramann unter ihm weilt, vor allem damit beschäftigt, den Sultan von Delhi zu krönen und zu feiern, gewährte aber außerdem so hübschen Einblick in seine unerbildete Lebensführung, daß man nach persönlicher Teilhaberschaft sich fast sehnen könnte. Der Film läßt die Eigenheit und Einheit einer uns fremden Kultur, die einer Umwelt der Schönheit, der Wärme und der Farbigkeit entweicht, deutlich erkennen. Da er nicht mehr geben kann, ist er kein „Erlebnis“, aber gute Berichterstattung, lebendige Zeitung. ergo.

Zehn neue Zeiß-Planetarien. Bei der Firma Karl Zeiß in Jena, welche das Zeiß-Planetarium des Deutschen Museums in München, das zu den interessantesten Sehenswürdigkeiten des Museums gehört, geschaffen hat, sind jetzt im ganzen zehn neue Planetarien bestellt worden, und zwar von den Städten Berlin, Leipzig, Dresden, Stuttgart, Hannover, Düsseldorf, Barmen, Mannheim, Hamburg und Nürnberg. Ein bereits fertiggestelltes Planetarium wird auf der großen Düsseldorfer Ausstellung 1926 zu sehen sein.

Ein unterirdischer Kanal. Daß Schiffe auch unterirdisch verkehren, dürfte bisher noch nicht dagewesen sein. Jetzt ist es erreicht, denn die Unternehmung des Höhenzugs nach Rarhe, die notwendig war, um das Werk des Marzelle-Rhone-Kanal zu Ende zu führen, ist nun fertiggestellt und wird in nächster Zeit dem Verkehr übergeben. Der Tunnel führt den Namen Rarhekanal, hat eine Länge von 7 1/2 Kilometer und eine Breite von 20 Metern. Mit seinem

Bau wurde bereits 1916 begonnen, und zwar ist der Erbauer der Ingenieur Chagnaud, von dem auch das Projekt der ersten Untergrundbahn in Paris stammt. Um den Tunnel fertigzustellen, mußten nahezu 2 1/2 Millionen Kubikmeter Gesteinsmassen entfernt werden.

Modernisierung des türkischen Kunstlebens. Malerei und Plastik sind im Bereich des Islam niemals recht entwickelt worden, denn die Lehre des Propheten verbietet, ein Abbild des Menschen nach dem lebenden Modell zu schaffen. So fand denn die künstlerische Betätigung ihr Hauptfeld im Kunstgewerbe, und nur in den Miniaturen der islamischen Handschriften entfaltete sich eine reiche, aber nicht für die Dessenlichkeit bestimmte malerische Darstellung. Nun bricht die moderne Türkei auch mit diesem uralten Brautheil, und binnen kurzem wird das erste plastische Werk, das einen Menschen wiedergibt, in einem mohammedanischen Lande aufgestellt werden. Es ist dies die Statue des Präsidenten Kemal Pascha, der in bürgerlicher Kleidung von dem österreichischen Bildhauer Krippel modelliert worden ist. Stambul, Angora und auch das europäische Viertel von Konstantinopel sollen Statuen des Präsidenten erhalten. Diese ersten Denkmäler werden noch von Fremden ausgeführt, aber in der Schule der schönen Künste zu Konstantinopel wird jetzt bereits eifrig auch von Türken nach dem nackten Modell gezeichnet und modelliert. Türkische Frauen haben sich allerdings noch nicht zu Modellen hergegeben, sondern die Frauen, die den Künstlern zur Verfügung stehen, sind Russinnen und Jüdinnen. Wer zweifellos werden binnen kurzem auch Türkinnen sich dem Modellieren widmen, und schon jetzt arbeiten türkische Männer und Frauen nach dem nackten Körper. Der Bruch mit der alten Ueberlieferung ist auf das persönliche Eingreifen Kemals zurückzuführen, der überhaupt an der Entwicklung der schönen Künste das regle Interesse nimmt.

Bilderverleih auch in Amerika. Der Gedanke einer Leihgalerie moderner Bilder, der bei uns mehrfach erörtert wurde und jetzt der neugegründeten Deutschen Kunstgemeinschaft zugrunde liegt, ist nun auch in Philadelphia verwirklicht worden. Das amerikanische Unternehmen versteht, wie „Kunst und Künstler“ berichtet, gegen eine Gebühr von nur zehn Dollar jährlich an seine Mitglieder aus seinem Besteh jährlich wechselnd entweder sechs Bilder oder zwölf graphische Blätter. Es handelt sich dort allerdings nicht um eine Künstlergemeinschaft, sondern um einen Klub, der die Kunstwerke erwirbt.

Bruno Taut bleibt in Deutschland. Die in unserer heutigen Morgenaufrage an dieser Stelle mitgeteilte Notiz, daß Bruno Taut zunächst für die Dauer eines Jahres nach Russland übersiedeln wolle, entspricht, wie wir erfahren, nicht den Tatsachen. Es handelt sich vielmehr um eine Einladung der Moskauer Stadtverwaltung an den bekannten Architekten, auf kurze Zeit nach Moskau zu kommen, um seine Erfahrungen beim Bau von Arbeiterwohnungen der Stadtverwaltung nützlich zu machen. Eine dauernde Ueberiedlung Tauts, der zurzeit mit eigenen Arbeiten sehr stark beschäftigt ist, kommt auf keinen Fall in Frage.

Eduard Coehard ließ auf Einladung der Bolschewiken am 14. April, ebenfalls 8 Uhr, im Ritteraal der Oper am Königsplatz auf seinem Beten, Einlaytern R. 650.



Karl. Mit dem bisherigen bequemen Leben war es nunmehr aus und — Herr Isaac ging unter die Enthüller.

Was dieser Herr nun immer auch erzählen mag, eins geht aus der ganzen Vorgeschichte zweifellos hervor, daß nämlich die Aussagen und das Protokoll des Herrn Isaac lediglich auf die Sache Barinat in engstem Sinne Bezug haben können.

Der sogenannte „Heine Barinat-Prozess“ führt seinen Namen bekanntlich daher, daß er mit Barinat nicht das mindeste zu tun hat, sondern vollkommen selbständige Betrügereien eines Dr. Feld bei der Seehandlung zusammen mit drei ungetreuen Lombardbeamten behandelt. Für diesen wie auch alle sonstigen anderen Fälle konnte also die Aussage des Isaac nicht das mindeste nützen. Indem aber das Gericht es ängstlich ablehnte, auf den Inhalt dieser Aussage einzugehen, baute es Herrn Ruchmann die Brücke zu seiner an sich sinnlosen Ausrede und sich selbst damit die Brücke zum Freispruch.

## Interessenkampf in der Elektrowirtschaft.

### Die Stellungnahme des preussischen Handelsministers.

Es ist bekannt, daß der Reichsverband der deutschen Industrie zusammen mit anderen Unternehmerverbänden einen großen Propagandazug gegen die sogenannte „falsche Sozialisierung“ begonnen hat. Einen breiten Raum nimmt in diesem Kampfe gegen alle Versuche, den staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Einfluß auf die Wirtschaft auszuschalten, die Forderung der Privatinteressenten ein, daß der Staat sich nicht in die Elektrowirtschaft einmischen dürfe. Die Privatindustrie hat es verstanden, den ersten Versuch einer gemeinwirtschaftlichen Regelung der Elektrizitätserzeugung und -verteilung zu vereiteln; das holt nach der Revolution geschaffene Gesetz zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft war kein Tag praktisch in Geltung. Heute ist man höchst ärgert darüber, daß der Staat nach dem Verlangen der gesellschaftlichen Mittel das ökonomische Mittel in Anwendung bringt, durch Aktien-erwerb sich eine eigene starke Stellung innerhalb der Elektrizitätserzeugung und -verteilung zu erringen. Die Privatindustrie sieht das als eine Rivalität an. Demgegenüber betont jetzt der preussische Handelsminister Dr. Schreiber in einem Aufsatz im „Berliner Tageblatt“ noch einmal mit allem Nachdruck:

Die preussische Regierung erstrebt nichts anderes als die einheitliche elektrowirtschaftliche Organisation möglichst großer geschlossener Gebiete, die rationelle Weiterentwicklung ihrer eigenen Betriebe und ein planvolles Zusammenarbeiten der in der Elektrowirtschaft vorhandenen leistungsfähigen Großunternehmungen zur Erreichung einer möglichst vollkommenen Stromerzeugung des ganzen Landes.

Der preussische Handelsminister begründet im einzelnen, wie die bisherigen Erwerbungen des preussischen Staates diesem Ziel einer Rationalisierung der Elektrowirtschaft dienen.

Wir haben wiederholt unsere Stellung dahin zum Ausdruck gebracht, das vom Standpunkt der staatlich regulierten Gemeinwirtschaft aus gegen die Erwerbungen des preussischen Staates in der Elektrowirtschaft nicht nur nichts einzuwenden ist, sondern daß sogar der Staat sich zum Träger einer großzügigen Elektrizitätswirtschaft auf lange Sicht machen muß. Der kommunalwirtschaftliche Einschlag, den die großen Betriebe, wie das Rheinische Elektrizitätswerk, zweifellos haben, reicht zur Wahrnehmung dieser Elektrizitätspolitik, die sich mindestens über den ganzen Reichsraum erstrecken muß, fraglos nicht aus. Im Gegenteil, birgt er, da er an die einzelnen großen Kohlen- und Wasserkraftwerken gebunden ist und örtlich ziemlich genau abgegrenzte Gebiete umfaßt, die Gefahr von Konflikten zwischen den einzelnen interessierten Gruppen. Es ist hier die hohe Aufgabe des Staates, für einen Ausgleich widerstreitender Interessen und für eine einheitliche Elektrizitätspolitik zu sorgen.

Wünschenswert wäre es, wenn das preussische Handelsministerium einmal vor aller Öffentlichkeit darlegte, inwieweit es sich die gemeinwirtschaftlichen Ziele einer planvollen Elektrizitätswirtschaft zu eigen macht. Die allgemeine Feststellung, daß eine möglichst vollkommene Stromversorgung des ganzen Landes herbeigeführt werden soll, genügt dazu noch nicht. Soll mit der Senkung der Erzeugungskosten der Elektrizität auch eine Senkung der Preise für den letzten Verbraucher erzielt werden? Soll die Machtstellung des Staates in der Elektrizitätswirtschaft auch dazu dienen, die Strompreise der verarbeitenden Industrien zu nivellieren und so gleichmäßige Existenzbedingungen auch für Betriebe zu schaffen, die weit entfernt von den Krafterzeugungsorten liegen? Soll auf diese Weise die Elektrowirtschaft zu einem wirkungsvollen Faktor der allgemeinen Wirtschaftspolitik gemacht werden? — Alle diese Fragen bedürfen der Klärung; wir sind überzeugt, daß eine klare Stellungnahme des Handelsministeriums hierzu manche Vorurteile beseitigen würde, die bisher gegen die staatliche Elektrizitätspolitik bestehen. Schon jetzt ist es zu begründen, daß die preussische Regierung einbringlich betont, sie verfolge mit ihrer Elektrizitätspolitik keineswegs nur die machtpolitischen Zwecke, die ihr von ihren Gegnern unterzogen werden.

## Feste Haltung der Börse.

Die heutige Börse zeigte Fortsetzung der Befestigung der gestrigen Nachbörse, da verschiedentlich Auslandsinteresse und Deckungsbedürfnis der Spekulation vorlag. Das Prämiengeschäft war teilweise recht lebhaft. Von Montanaktien wurden Rhein Stahl wieder bevorzugt, auch Deutsch-Lux. Von chemischen Papieren hatten Alcanaria und Scheide-mandel das größte Interesse. Auch die Mehrzahl der Elektropapiere profitierte von der Aufwärtsbewegung. Waggon- und Autowerte zum Teil wieder sehr fest, am Schiffahrtsmarkt fanden große Umsätze in Eisenbahnschiffaktien statt, wahrscheinlich auf tschechische Rechnung. Banken stiller. Am Rentenmarkt war Kriegsanleihe mit 0,482 sehr fest. Im weiteren Verlaufe konzentrierte sich das Interesse auf Schantung, oberösterreichische Werte, die vorerwähnten Spezialitäten und Anleihen.

### Glänzender Erfolg der ersten großen Industrieanleihe.

Die sehr die Aufnahmefähigkeit des inländischen Kapitalmarktes für festverzinsliche Werte in allerletzter Zeit zugekommen hat, dafür hat die Zeichnung auf die Obligationen der Continental Caoutchouc- und Gutta-percha Company einen außerordentlich sinnvollen Beweis geliefert. Der deutsche Anteil der 20-Millionen-Anleihe wurde so überschritten, daß die Zeichnungslisten sofort nach Beginn wieder geschlossen wurden. Man rechnet in unterrichteten Kreisen damit, daß andere gutverzinsliche Industrieanleihen in gleicher Weise inländische Anleihen aufnehmen können, die Abhängigkeit von den Auslandsanleihen hat also ganz wesentlich nachgelassen.

## Vorstadtkünstler.

Kennen Sie Chaplin? Nicht den englischen Filmstar mit Fantastikhonoraren, sondern seinen Doppelgänger draußen im „hohen“ Norden Berlin, in einer jener Anceipen, in denen Glend, Trunksucht und Laster zu Hause sind, in der man Arbeitslosigkeit und verfehltes Leben mit Alkohol bedäuft. . . Dort „mimi“ Chaplin und dazu singt er mit halbgelächelter Stimme, die Rikotin und „zuviel“ des edlen Gerstenjostes heißer gemacht haben, volkstümliche Schlager. Befriedigt verbeugt er sich vor dem frenetischen Beifall und zählt eifrig die kassierten Groschen, denn die Außenleiter des Lebens geizen weder mit dem Beifall noch mit dem klingenden Lohn. Manchmal, wenn er zuviel Beigaben spenden soll, zieht er ein altes zerfetztes Mißliebendbuch der Aristokratie wehmütig lächelnd aus der Tasche: „Seht, Kinder, das war einmal euer Chaplin!“ Hastig stürzt er dann einen Kognat hinunter. . . Cinen? einen, zwei, drei. . .

Die Türe geht auf, der „sanfte Heinrich“ tritt ins Lokal. Ein lang ausgekosteter 27-jähriger Bürsche mit dem Keim der Tuberkulose in dem schmalen, unterernährten Körper, ein ehemaliger Student, der heute mit schüchtern mädchenhafter Stimme ein paar harmlose Taschentuchstücke in den Lokalen zeigt, wahrlich ein tragischer Held auf der Bühne des Lebens: Ehrgeiz, Koffengeist, Arbeitslust und Lebensfreude ist polternd in Scherben gesprungen, als Marionette abfoliert er noch mit stolischer Ruhe das ihm übriggebliebene kurzfristige Gastspiel auf Erden. . . Vorstadtkünstler. Sie alle schmechten nach der Sonne und sind am Höhenweg wandernde Liegen geblieben. Dort der wie ein Indlaner bemalte Klavierspieler. Der Jugendpaß, sich „hoch“, das heißt tölowieren, zu lassen, ist ihm zum Schicksal geworden. Kein anständiges Unternehmen engagiert ihn, dabei spielt er mit der Genialität eines Künstlers in Froh und Lachhagen. Der stets pfeifende, singende, musizierende bayerische Seppi scheint das Leben leichter zu nehmen als andere. Er schlägt mit der derben Faust auf den Tisch, wenn „moralischer Kagenjammer“ als ungebetener Gast an manchen Abenden sich an den Stammtisch des Lokals setzen will. „Damische Leimlieder, mindige Schwachklappen seid ihr. Was scheert mich der Krampf von Lebensbejahung und Lebenserinnerung? Zahlt lieber a Maß Bier. Dös is mei Daseinszweck. . .“ Ehemalige „Kanonen“ vom Theater, Kino, Beritt, sie alle sitzen harmonisch zusammen mit ihren Mädchen, Holzhäute, Weltstadler! Wer magt es auf sie alle den ersten Stein zu werfen und denkt dabei nicht an das Glashaus? — Sie gehen weiter den Weg, den die Brutalität des Erwerbskampfes, ein kleiner falscher Schritt ihnen vorgezeichnet hat, vegetieren und verschwinden fluglos. Der Lebensmutige aber schwingt rücksichtslos knallend die Peitsche. . .

## Die Sicherheit beim Wassersport.

### Zu dem Unglücksfall beim „Wendenschloß“.

Zu der Notiz „Aufspirator“ in unserer Nr. 160 wird uns von einem älteren Arbeiterkameraden folgendes geschrieben:

Die Strecke Grünau—Wendenschloß—Marienlust ist eine der gefährlichsten auf den märkischen Wasserstraßen. Hier sind nicht nur die Standplätze der meisten Seglervereine, hier sind auch die großen Bootschuppen, in denen seit an die tausend Privatboote lagern. Unzählige Motorboote vermitteln den Fährverkehr von und nach Grünau und tragen ihrerseits zur Erhöhung der Unsicherheit gerade an dieser Stelle bei. Meist mit sehr jungen Steuerleuten besetzt und überfüllt, juchen sie auf schnellstem Wege, meist unter Ausheraushaltung der vorgeschriebenen Fahrtrahse, ihr Ziel zu erreichen. Sie gerade bilden für die Ruderer und Boddler die größte Gefahrenquelle. Hier ereignete sich auch, wenn ich mich recht entsinne, während des Striegens der Zusammenstoß zwischen einem Fährboot und einem Personendampfer, bei dem einige Personen ums Leben kamen. Fast jeden Sonntag ereignen sich an derselben Stelle kleinere Unfälle, die nicht in die Öffentlichkeit kommen. Auch die ungeheure Zunahme des Motorbootverkehrs, der häufig von wenig Sachkundigen ausgeübt wird, ist eine ständig größer werdende Gefahr. Sieht man doch häufig Frauen und selbst Kinder am Steuer. Sie glauben, wenn sie nur recht oft ihr „Totituta“ ertönen lassen, alles getan zu haben, um nachher jede Schuld von sich abzuwälzen. Alle diese Dinge sollten aber gerade den Boddlern zur Warnung dienen. Die meisten Boddler sind sogenannte milde Fahrer, die weder eine rudertechnische Ausbildung erfahren haben noch einem Verein angehören. Sie bauen oder taufen sich ein Boddlerboot, setzen sich hinein und glauben nun schon erfahrene Kanuspörter zu sein. So kann mir kaum denken, daß der kommende Kiemenreiner seine selbstverständliche Pflicht ohne weiteres nicht erfüllt hat. Es ist aber mit einem schmalen, nur 85 bis 90 Zentimeter breiten Sportruderboot fast unmöglich, einem getenterten Boot Hilfe zu bringen. Der Ertrinkende klammert sich meist an die Kiemen oder an eine Seite des langen schmalen Bootes und bringt es dadurch unweigerlich zum Kentern. Auch ist ein Bierer, der meist eine Länge von 12 bis 13 Metern hat, mit seinen vier bis 4 Meter langen Auslegerriemen nicht in der Lage, auf eine kurze Distanz zu manövrieren. Mir selbst ist vor Jahren bei einem ähnlichen Rettungsversuch mein Boot arg beschädigt worden. Die Ruderer müssen, ehe sie auf das Wasser losgelassen werden, unter Leitung eines geprüften Lehrers einen sechs- bis achtwöchigen Kursus durchmachen. Erst nach wochenlangem Leben im Bassin oder Ruderkasten gehts dann mit noch zwei älteren Ruderern im breiten Boot auf kurze Lebensfahrt. Erst wenn hier nach nochmaligem wochenlangem Leben alles klappt, ist der junge Ruderer fertig. Ebenso strenge Ausbildungsvorschriften bestehen für die Steuerleute. Die Arbeiterrudervereine hüten sich, ihr wertvolles, unerfährliches Material unerfahrenen Ruderern anzuvertrauen. Alle diese rudertechnischen Voraussetzungen fallen bei den Boddlern fort. Aber gerade deshalb sollten sie sich gewissenhaft prüfen, ehe sie ins Boot steigen. . .

Wir haben in der betreffenden Notiz bereits die Möglichkeit ausgebelegt, daß die verunglückten Boddler ihr Boot nicht einwandfrei gesteuert hätten. Aber gerade die in dieser Fußchrift geschilderte Tatsache, daß die Strecke Grünau—Wendenschloß—Marienlust zu den gefährlichsten auf der Dahme gehört, mußte auch die Führer des Rennruderbootes veranlassen, so vorsichtig wie möglich zu fahren. Vielleicht gibt dieser Unfall einmal den Anlaß, darüber nachzudenken, ob es nicht vorteilhafter wäre, alle Bootbesitzer zu zwingen, ihre Fahrzeuge mit Rettungsgerät (Luftschläuche, Luftkissen oder dergleichen) auszustatten, die den Verunglückten zugeworfen werden können, falls ihr eigenes Rettungsgerät unklar geworden ist. Der Grundbesitzer „Sicherheit an erster Stelle“ sollte auch für den Wassersport gelten. Der Unfall beweist jedenfalls, daß hier noch vieles im argen liegt.

## Zu der Trunkenheit.

Der geheimnisvolle Tod des polnischen Händlers Joseph Zapanowicz, der in seiner Kellerwohnung in der Rüdersdorfer Str. 57 mit einem doppelten Schädelbruch im Bette liegend tot aufgefunden wurde, ist nunmehr aufgeklärt. Er ist ein Opfer der Eifersucht geworden. Wie die Kriminalpolizei ermittelte, knüpfte E. trotz seiner vorgerückten Jahre mit vielen Landmänninnen an, die in Berlin wohnen oder sich auf der Durchreise hier aufhielten. Wovon er eigentlich lebte, weiß niemand so recht. In der Umgebung des Schloßischen Bahnhofs sah man ihn oft bei Zechereien mit seinen Gefährten. Mehrere Zeugen bezeugen, daß er am 9. März zuletzt mit zwei Polinnen und einem Polen in dem Lokal nach Healer war, in dem er am Tage vorher seinen Geburtstag gefeiert hatte. Mit diesen Frauen und dem Manne sprach er wieder stark dem Alkohol zu. Alle vier waren angetrunken, als sie schließlich gemeinsam die

Wohnung in der Rüdersdorfer Straße aufsuchten. Nachdem der Mann diese verlassen hatte, gingen die beiden Polinnen auf Anträge, die ihnen Zapanowicz machte, ein. Dabei wurden sie von dem plötzlich zurückkehrenden Manne überrascht. Dieser schlug mit einem runden Gegenstande auf Zapanowicz ein. Dann verließ er mit den beiden Frauen die Wohnung. Die Kriminalbeamten ermittelten gestern diese drei und stellte sie den Zeugen gegenüber. Der Mann bestritt, Zapanowicz überhaupt getannt zu haben. Die beiden Frauen erklärten, es könne wohl so sein, wie die Zeugen sagten, sie selbst könnten sich der Vorgänge nicht mehr entsinnen, weil sie betrunken gewesen seien. Alle drei wurden festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Sie werden heute noch weiter verhört werden.

## Die freigeistige Woche.

Die gestrige Sitzung im Herrenhaus wurde eröffnet mit einem Vortrage des Genossen Löwenstein: „Die Volksschule, wie sie ist und wie sie sein sollte.“ Genosse Löwenstein legte in seinem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage die Notwendigkeit der Verweltlichung der Schule dar. Das gesamte gesellschaftliche Leben strebe der Verweltlichung zu. Darum muß diese Frage als eine öffentliche Angelegenheit behandelt werden. Die Jugend ist im Geiste der gesellschaftlichen Verantwortung zu erziehen, und dazu ist es notwendig, daß wir uns alle von alten Vorstellungen lösen. Freimachung von aller Romantik, die trotz schöpferischer Gedanken letzten Endes doch immer im Himmel endet. Was fehlt, ist der Mut zum Schaffen für die Zukunft. An der Erziehung der Jugend zu arbeiten, ist eine Aufgabe, der sich niemand entziehen soll, der willens ist, aus dem heranwachsenden Geschlecht Menschen des Willens für die neue Gesellschaft zu machen. — In der Diskussion bemängelte Genosse Burtm das zu geringe Interesse in der freigeistigen Bewegung für die gesellschaftliche Aufklärung. Genosse Prof. Hartwig betonte, daß in der heutigen Schule das Kind nicht zu seinem Rechte kommt. Die negative Kritik könne hier aber nichts ändern, sondern man muß zeigen, was man Besseres zu geben hat. Die heutige Schule ist ein Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Darum ist es sinnlos, heute Dinge einzuführen zu wollen, die sich nicht verwirklichen lassen. Das unterscheidet ja eben den Marxismus von der bürgerlichen Wissenschaft, daß er die gesellschaftlichen Erscheinungen auf den ökonomischen Ursprung zurückführt und zu erklären sucht.

Der schwarze Friedrich. Die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Schwarzen Jahne“, Ernst Friedrich, wegen Beleidigung der Kirche — er hatte einen Artikel der „Ächener Arbeiterzeitung“ nachgedruckt, der von dem seitlanten Gottesdienst eines Priesters mit einer Prostituierten berichtete — wurde vom Schöffengericht Alt-Moabit verurteilt, weil über einen Ablehnungsantrag Friedrichs wegen Befangenheit keine volle Arbeit erfolgt wurde. Friedrich stützte seinen Antrag darauf, daß Anhänger christlicher Bekenntnisse, besonders der katholischen Kirche, in einem solchen Falle von vornherein voreingenommen wären. Die beiden Schöffen fühlten sich nicht befangen, der Richter selbst aber übergab die Entscheidung für sich der Strafammer.

Jahrgeschehen zum 16. Berliner Sechstagerrennen. Wäher den zahlreichen günstigen Verbindungen durch die Stadtbahn, Untergrundbahn, Autobus und Straßenbahnen, hat die Allgemeine Omnibusgesellschaft noch einen Sonderverkehr eingerichtet. Während des Sechstagerrennens, das heute abend in der Arena am Kaiserdamm beginnt, wird abendendlich von der neunten Stunde an ein Sonderverkehr von Potsdam, Friedrichstraße, Unter den Linden, Brandenburgischer Tor und Knie nach der Arena Kaiserdamm eingerichtet. Diese Sonderwagen werden viertelstündlich die ganze Nacht hindurch verkehren.

Ein gefährlicher Dachstuhlbrand beschäftigte heute früh längere Zeit die Reutlinger Feuerwehr in dem Hause Jägerstr. 55. Nach etwa eineinhalbstündiger Tätigkeit gelang es, das Feuer niederzukämpfen. Ein Teil des Dachstuhls ist vernichtet, die Entstehungsursache ist bisher noch unbekannt.

Gemeinschaftlicher Rundfunkvortrag. Heute abend, zwischen 7 und 8 Uhr, spricht der Vorsitzende der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angehörigen, Genosse Hans Gottfrucht, über den Berliner Rundfunk über das Thema „Inhalt, Sinn und Zweck des Larinertrages für Privatangehörige“. Der Vortrag ist der erste einer weiteren Reihe von Vorträgen, die das A.P.O.-Ortsamt Berlin mit der Funkstunde A.-S. vereinbart hat.

## Der Zug ohne Führer.

### Eine Eisenbahnkatastrophe auf der Milkenwaldbahn.

Wien, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Milkenwaldbahn ereignete sich am Mittwoch mittig um 12 Uhr ein schweres Unglück. Der Triebwagen des Zuges, der sonst immer mit zwei Führern besetzt ist, war entgegen den Vorschriften einer einzigen Person überlassen worden. Kurz hinter der Haltestelle Schornitz beobachtete der Führer den Lauf des Bremshebels, beugte sich zu diesem Zweck über den Motorwagen hinaus und stürzte ab. Da der Zug führerlos dahinfuhr, erreichte er eine immer größere Geschwindigkeit, ohne daß die Insassen oder das Zugpersonal von dem Unfall irgend etwas erfahren hatten. Der Zug hatte schließlich eine Geschwindigkeit von 100 Kilometern in der Stunde erreicht, so daß er in einer Kurve die Schienenröhren loslöste, wodurch eine Säule losgeriss wurde, und sich vor einem Bogen des Zuges aufstellte. Der Triebwagen kam zur Entgleisung und stürzte über eine Böschung von vier Metern ab. 11 Reisende erlitten schwere Verletzungen. Drei von ihnen sind inzwischen verstorben. Auch der Zugbegleiter verunglückte bei dem Absturz tödlich.

Zur Untersuchung der Schuldfrage sind Beamte der Deutschen Reichsbahn (Zweigstelle München) sowie der Oesterreichischen Staatsbahnerwaltung in Garmisch eingetroffen. Die Ermittlungen werden sich besonders mit der Tatsache zu beschäftigen haben, daß entgegen den bestehenden Vorschriften der Führer der elektrischen Lokomotive sich allein auf seinem Stand befand und daß der Zugführer, als er trotz seiner Dienstbestimmungen sich nicht auf der Wache aufhielt, sich abscheinend auch nicht um die Fahrgeschwindigkeit des Zuges rechtzeitig gekümmert hat. Die betreffende Bahn ist eine Rollbahn und untersteht infolgedessen den im Jahre 1896 auf der Konferenz in Bern festgelegten internationalen Bestimmungen über das Zugsignalwesen, die die Anwesenheit von zwei Beamten auf den Lokomotiven verlangen.

## 11 Todesopfer in Heidenau.

Die Zahl der Todesopfer bei der Explosionskatastrophe in Heidenau bei Dresden hat sich inzwischen auf 11 erhöht. Außerdem befinden sich noch 5 schwerverletzte Arbeiter in Lebensgefahr. Bei mehreren ist das Augenlicht durch die schweren Schwefelergüssen sehr gefährdet.

Wegen Arbeitslosigkeit in den Tod. Nach einer Meldung aus Essen wurde dort eine männliche und eine weibliche Leiche mit Kopfschüssen aufgefunden. Es handelt sich anscheinend um einen Doppelselbstmord. Die Toten sind zwei junge Menschen im Alter von 20 und 25 Jahren. Bei dem Manne wurde ein Zettel gefunden, auf dem stand, daß beide aus Not infolge Arbeitslosigkeit in den Tod gegangen sind.

Die Explosion von 16 Oelbehältern richtete in St. Louis, Oblisno in Kalifornien große Zerstörung an. Ein ganzes Stadtviertel wurde von den Flammen ergriffen und eine große Anzahl von Häusern vernichtet. Die Städte Los Angeles und St. Franzisko entzündeten sofort Hüfe nach der Unglücksstelle.

Großer Schaden durch einen Kugelstich. Während eines Gewittersturmes in Palmers Green wurden nach einer Meldung aus London durch einen Kugelstich etwa 25 Häuser beschädigt, Hunderte von Fensterscheiben zerbrochen und Rundfunkgeräte zerstört.



# Die Reichsbahn auf Abbruch.

## Zum Interesse des Privatkapitals.

Seit Herr v. Siemens als Beauftragter des Reichsverbandes der deutschen Industrie an der Spitze des Verwaltungsrats der deutschen Reichsbahngesellschaft steht, ist eine in ihrem Umfange als grenzenlos zu bezeichnende Verheerung des Fundus der ehemaligen Reichsbahnen eingetreten, die dem unbefangenen Beobachter vollkommen unverständlich erscheint. Das Bestreben interessierter Kreise, das Eigentum der bisherigen Reichsbahn in die eigenen Hände zu überführen, zerlegt mit Vorbedacht und rücksichtslos das Beförderungsmittel des Reichs und will dafür ein Monopol einzelner großer Interessentenkreise schaffen.

Diesem Zwecke diene die vom kaufmännischen Standpunkte geradezu unglückliche Art, wie z. B. der bisherige Bestand von Schlafwagen in den Besitz der „Mitropa“ überführt wurde, in deren leitenden Stellen fast nur frühere höhere Beamte der Eisenbahn sitzen.

Dann baute man systematisch die Bahnunterhaltungsarbeiter ab, um deren Arbeitsgebiet durch Privatunternehmer ausführen zu lassen. Neben der Last, daß deren Arbeiten durchschnittlich 100 Proz. teurer werden, hat sich dadurch die Zahl der Unfälle bedeutend gesteigert.

Nun baut man seit einiger Zeit die großen Werkstätten ab. Bekannt ist bisher nur die Schließung der Werkstätten in Schwerin, Breslau, Ratibor und Gießen. Dieser kleine Erfolg ist aber für die Privatindustrie und die ihr dienbaren Herren der Hauptverwaltung nicht genügend. Sie wollen eben jede Konkurrenz im Reparaturdienst ausschalten. Daher wurde von der Hauptverwaltung folgende vertrauliche Verfügung erlassen:

Durch Verfügung vom März d. J. — 38 D 2674 — ist der Tagewerkstoppshalt 1926 für die Werkstättenarbeiter einfach, Lehrlinge, Jünglinge und Maschinenbaubehilfen der Eisenbahnausbaubetriebe festgesetzt worden. Um den hiernach notwendigen Abbau der Belegschaft durchzuführen, sollen — abgesehen von allgemeinen Einschränkungen — in den

Werken — die Lokabteilungen der G.M. Wittenberge, Oldenburg und Osnabrück, die Personenwagen-Abteilungen der Werke Seebaldsbrück und Oldenburg und die Güterwagen-Abteilungen des Werkes Siendal geschlossen werden. Die Stilllegung der genannten Abteilungen ist in der Weise durchzuführen, daß der vorhandene Arbeitsvorrat aufgearbeitet wird, weitere Fahrzeuge aber nicht mehr zugeführt werden.

Die geschäftsführende Direktion für das Werkstättenwesen wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen umgehend zu veranlassen und dafür Sorge zu tragen, daß bis spätestens Ende Mai d. J. die Schließung der genannten Betriebsabteilungen durchgeführt und die Belegschaft der bewilligten Tagewerkstoppzahl entsprechend vermindert ist. Die Durchführung der Maßnahmen ist uns bis zum 1. Juni d. J. mitzuteilen, wobei anzugeben ist, daß die einzelnen Abteilungen geschlossen worden sind.

Die weiter vorgeschlagene Umwandlung der jetzigen Betriebsabteilung Schwerin des G.M. Kofstok in ein Bahnbetriebswerk wird besonders angeordnet.

Durch weitere Verfügung sind ohne jede Rücksicht auf den Arbeitsmarkt folgende Werke bis spätestens Ende Mai d. J. ganz oder teilweise zu schließen: Greifswald, Eberswalde, Grunewald, Brandenburg-West, Säbnemühl, Frankfurt a. d. O., Breslau, Ratibor, Gießen, Limburg, Beggdorf. Die Gruppenverwaltung Bayern ist aufgefordert worden, dieselbe Schließung von Werkstätten ihres Bereichs vorzunehmen.

Will die Verwaltung die sich langsam bessernde Lage am Arbeitsmarkt durch ihre sonst vollkommen unverständliche Maßnahme aufhalten? Soll sie als Handlanger der Industrie das Ueberangebot von Arbeitslosen vergrößern helfen, damit eine weitere künstliche Bohnenkennung durchführbar erscheint?

Es wird wirklich Zeit, daß ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß die dunklen Zusammenhänge endlich einmal aufdeckt!

## Eine Gewerkschaft der Varietékünstler.

### 25 Jahre „Internationale Artistenloge“.

Vor einem Vierteljahrhundert, am 5. April 1901, wurde in der Hopfenblüte, Unter den Linden 27, die „Internationale Artistenloge“ gegründet. Zwei Männer waren es, die den Grundstein legten zu der heute so mächtigen gewerkschaftlichen Organisation des „Fahren des Volkes“: Otto Gregor und Leo Herzberg. Otto Gregor war ein bekannter Berliner Schauspieler und beliebter Komiker, der infolge einer schweren Lähmung seinem Berufe nicht mehr nachgehen konnte. Herzberg war von Beruf Apotheker, später Aufsichtsführer und Hochschulfunktionär, danach Kupferschlichter und Eberthaler und Redakteur der „Internationalen Artistenzeitung“, die jedoch mit der heutigen Zeitung gleichen Namens nicht identisch ist. Es wurden Versammlungen und Besprechungen einberufen, in denen von Gregor und Herzberg der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Artisten propagiert wurde. Am Abend des 5. April 1901 kamen im oberen Saal des Restaurants „Hopfenblüte“ etwa 200 bekannte Artisten zusammen und gründeten ohne große Zeremonien die „Internationale Artistenloge“, die heute 23.000 Mitglieder hat. Erster Vorsitzender wurde der weltbekannte Artist Henry de Bog, zweiter Vorsitzender der Humorist Robert Seidel, geschäftsführender Verwaltungsdirektor Otto Gregor.

Vor ihrem Zusammenschluß waren die Artisten ein fast völlig entrechtetes, der Willkür der Unternehmer ausgeliefertes Pöckchen. Einen Tarifvertrag in der heutigen Form gab es nicht, sondern nur Hausverträge. Diese enthielten so viele Zweideutigkeiten und Spitzfindigkeiten, daß selbst noch im Jahre 1903 das Kammergericht in einem Urteil, dem ein noch verhältnismäßig günstiger Vertrag zugrunde lag, außer der Verpflichtung der Direktion zur Zahlung der Löhne, lediglich

### nur Rechte der Direktion

feststellte. In den Artistenkreisen nannte man diese Verträge „Korrespondenzbriefe“ oder „Staubbriefe“. Den allgemeinen enthielten die Verträge die 14tägige Kündigung, wonach der Direktor — nicht aber der Artist — jederzeit, sowohl vor Antritt wie auch nach Beginn des Engagements, durch 14tägige Kündigung den Vertrag lösen konnte. Der Direktor war nicht verpflichtet, jedoch der Artist, der bis 14 Tage vor seinem Antritt nicht wußte, ob er ein Engagement hatte oder nicht. Das größte Schreckgespenst war jedoch die sogenannte „dreitägige Kündigung“, wonach die Direktion den Artisten in den ersten Tagen seines Auftritts freilassen konnte, wenn seine Leistungen nach dem „allein maßgeblichen Urteil der Direktion“ nicht genügten. Was das bedeutete, wenn ein Artist mit seinen Apparaten und Requisiten, seinen Tieren oder seiner Truppe von weither eingetroffen war und am ersten, zweiten oder dritten Tage engagementlos auf der Straße lag, kann sich jeder selbst vorstellen. Beliebte war auch bei den Direktoren das „Ueberengagieren“. Sie brachten nur 8 oder 9 Nummern, engagierten aber 10 oder 12, ließen am ersten Abend nur den Bestenresten alle aufsitzen und behielten nur die, die am meisten Anschlag gefunden hatten. Die anderen wurden „abgeschminkt“. So gab es in den Verträgen noch unzählige Klauseln, die für die Artisten die reinsten Menschenfallen waren.

Während im Dezember reisten die Direktoren nach West und weit nach Hamburg zum „Dom“, der großen artistischen Konvention der Europäer. Während der Dornzeit im Dezember 1901 wurde das Gericht laut, daß die Direktoren der größten und bedeutendsten Varietés einen

### Direktorenverband

gründen sowie einen Einheitsvertrag herausbringen wollten. Dieser sollte u. a. die Bestimmung enthalten, daß der Artist bei jedweden Streitigkeiten aus dem Vertrage nicht die ordentlichen Gerichte an-

rufen dürfe, sondern sich bei jedem Rechtsstreit dem Urteil eines nur aus Direktoren zusammengesetzten Schiedsgerichtes zu unterwerfen habe. Jeder Artist, der sich diesem sonderbaren Schiedsgericht nicht unterwarf, sollte auf eine schwarze Liste kommen und so lange von keinem Mitgliede des Direktorenverbandes engagiert werden, bis er sich fügte.

Am 5. April 1901, dem Gründungstage der Internationalen Artistenloge, waren auch die Direktoren im Metropoltheater versammelt und gründeten den Internationalen Varietés-Direktorenverband (IVDB). Die neugegründete Artistenloge trat durch einen Boten beim Direktorenverband an, ob er mit einer Kommission verhandeln wolle, was von den Direktoren zugesagt wurde. Als in den Verhandlungen eine Abänderung des direktorialen Einheitsvertrages nicht erreicht wurde, weil die Direktoren sich immer noch als Herren der Situation fühlten, verpflichtete die Loge ihre Mitglieder, nie einen solchen Vertrag zu unterschreiben. Diese erste, gleich am Gründungstage beschlossene Kampfmahnahme der Loge hatte auch zur Folge, daß niemals ein solcher „Normalvertrag“ unterzeichnet wurde.

Die Loge hat nun in dem jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kampf gegen die Direktoren Schritt für Schritt die Lage der Artisten verbessert. Besondere Verdienste um den Aufstieg der Artisten hat sich der jetzige Präsident der Loge, Genosse Max Becal-Sonora erworben, der schon seit 1904 das Amt inne hat. Es ist sein Hauptverdienst mit, daß heute die Artistenhaft

### einen Tarifvertrag

hat, in dem zwar nicht alle, aber doch der weitaus größte Teil ihrer sozialen Forderungen erfüllt ist. Streitfragen aus dem Tarifvertrage sowie dem Engagementverhältnis werden von einem paritätischen Varietés-Schiedsgericht entschieden, bei Berufungen vor dem Varietésoberchiedsgericht.

Eine schwere Krise für das Artistentum brachte die Inflationszeit. Es gelang schließlich, die Gehaltszahlung nach dem Reichsindex von Monat zu Monat und später von Woche zu Woche durchzuführen. So hat die Loge wesentlich zur Beseitigung der Not der Artisten während der vorhergehenden Inflation beigetragen. Auch jetzt leistet die anhaltende Wirtschaftskrise wieder schwer auf der Artistenhaft. Artisten von Belrus sind monatelang ohne Engagement und bleiben mit ihren Logenbeiträgen im Rückstand. Doch auch diese Zeit wird die Internationale Artistenloge überleben und das Lebensniveau der Artisten so zu heben wissen, wie es diesem oft lebensgefährlichen Beruf geziemt.

## Der neue Tarifvertrag bei der Aboag.

### Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht.

Vor dem vereinbarungsgemäß vorgesehenen Schiedsgericht für Tarif- und Lohnunterschieden bei der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft fanden am gestrigen Mittwoch Verhandlungen über einige Punkte des neuen Manteltarifes für das Fahrpersonal statt, über den, wie bereits kurz mitgeteilt, im wesentlichen bereits eine Verständigung zwischen beiden Parteien herbeigeführt wurde. Bei der gestrigen Besprechung handelte es sich hauptsächlich um die Bezahlung von Zuschlägen für das Personal der Nacht- und Mitternacht, die in letzter Zeit in verstärktem Maße von der Direktion in Betrieb gesetzt worden sind. Man einigte sich dahin, daß die Nachtschichten nicht immer von dem gleichen Personal besahren werden sollen, sondern daß der Dienst turnusmäßig versehen werden soll. Falls aber das gleiche Personal eingesetzt wird, so soll für die Zeit von 11 bis 6 Uhr nachts ein besonderer Zuschlag von 80 Pf. pro Nacht gezahlt werden. Ein diesbezüglicher Passus fand in dem Manteltarif Aufnahme. Auch in anderen Punkten wurde im wesentlichen eine Verständigung erzielt.

## Freigewerkschaftlicher Erfolg.

Die Neuwahl des Hauptbetriebsrats beim Preussischen Finanzministerium und Ministerium des Innern (für die Regierungen, Landratsämter, Kataster- und Hochbauämter, Polizeipräsidien, Schutzpolizei usw.) am 20. und 21. März d. J. brachte der Fortschrittspartei Nr. 1, die vom Zentralverband der Angestellten, dem Bund der technischen Angestellten und Beamten, dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und dem Deutschen Verkehrsband aufgestellt war, einen vollen Erfolg. Sie erhielt 8581 Stimmen (gegen 8028 im Jahre 1925) und somit 9 Sitze im Hauptbetriebsrat. Auf die Liste des Gewerkschaftsbundes der Angestellten entfielen 1129 Stimmen (1017) und auf die Liste des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Reichsverband der Behördenangestellten, Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten) 956 (887) Stimmen. Diese beiden Listen erhielten nur je einen Sitz im Hauptbetriebsrat. Das Ergebnis zeigt das erfreuliche Bild, daß die gegnerischen Angestelltenorganisationen bei den preussischen Behördenangestellten nur noch über einen äußerst geringen Anhang verfügen.

## Die Eisenbahner vor den Betriebsrätewahlen.

Am 17. und 18. Mai werden im Gesamtgebiet der Deutschen Reichsbahn die Betriebsrätewahlen der Eisenbahner stattfinden. Seit den letzten Betriebsrätewahlen hat die Reichsbahngesellschaft ein solches Maß von Sünden aufgehäuft, daß jedem Eisenbahner die Notwendigkeit eines energischen Widerstandes der Betriebsräte und Organisationen gegenüber der verbotlich harnackigen Haltung der Reichsbahngesellschaft ganz klar geworden sein muß. Wenn aus den letzten Wahlen die freigewerkschaftlichen Organisationen des Einheitsverbandes als die weitaus stärkste Gruppe hervorging, dann muß diesmal er recht die Kerngruppe unter den Eisenbahnerarbeitern einen solchen Zuwachs bekommen, daß das bei der Hauptverwaltung als deutliche Warnung verstanden wird. Nur die Stärkung der bereits stärksten Organisation kann den Eisenbahnerarbeitern im Kampf gegen das Scharfmachertum, das sich heute in der Reichsbahngesellschaft breit macht, etwas nützen.

## Konjunkturverschlechterung in der Rheinprovinz.

Köln, 7. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitsmarkt in der Rheinprovinz hat in den letzten Tagen wieder starke Tendenzen zur Verschlechterung gezeigt. Im Bergbau haben die Eisenerzfelder zugenommen. Die eisenerzverarbeitende Industrie meldet auch aus anderen Orten neue Betriebseinschränkungen. Im Textilgewerbe ist ebenfalls eine wesentliche Verschlechterung eingetreten, während im Baugewerbe, verglichen mit dem Vorjahr, die Zunahme der Bautätigkeit noch recht gering ist.

## Eindrücke britischer Vergleute in Oberschlesien.

London, 7. April. (B.Z.) Der Korrespondent der „Daily Mail“, der eine von dem Vlatte nach Deutschland zum Studium der dortigen Vergleutverhältnisse entandte Abordnung britischer Vergleute begleitet, schreibt aus Weutchen in Oberschlesien, die von den Vergleuten gewonnenen allgemeinen Eindrücke geben dahin, daß man in England von den deutschen Kohlengewinnungsmethoden nichts Besonderes zulehne, aber sehr viel von der Behandlung der Kohlen nach der Förderung, von den Einladungs- und Transportmethoden sowie von der Ausbarmachung von Nebenprodukten.

Ein Bauarbeiterstreik in Cize hat am Dienstag infolge von Lohnunterschieden eingeleitet.

## Aus der Partei.

### „Bauern- und Arbeiterpartei in Japan.“

Tokio, Mitte März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Bauern- und Arbeiterpartei“ Japans, die erste politische Partei der japanischen Arbeiterklasse, wurde am 5. März offiziell in Osaka gegründet. Der erste Versuch der Gründung einer Arbeiterpartei Ende des vergangenen Jahres wurde von der Regierung wegen starken kommunistischen Einschülgel unterdrückt. Der jetzigen Parteigründung stehen die Kommunisten nahezu fern; die Gründungsfeierlichkeiten und das vorläufige Parteiprogramm rücken deutlich von den kommunistischen Ideen ab.

Im Programm wird als Ziel der Partei die Wohlfahrt der Nation als Ganzes und der Arbeiterklasse im besonderen bezeichnet. Die Partei stützt ihren politischen Kampf auf das allgemeine Wahlrecht. Sie will nicht nur die Handwerker, sondern alle wertfertigen Schichten des Volkes, die unter dem Joch des Kapitalismus seufzen, umfassen.

Bis zur Schaffung eines endgültigen Parteiprogramms und Statuts werden nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter als Mitglieder aufgenommen. Die Zahl dieser Arbeiter beträgt in Japan ungefähr 250.000. Die Mitgliedschaft können nur einzelne Personen erwerben, den Anschlag von Arbeiterorganisationen an die neue Partei verbietet das japanische Gesetz.

Zum ersten Vorsitzenden wurde Sugiyama vom Bauernbund gewählt.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernstein; Wirtschaft: Atlas Selman; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Kandidaten: Paul Schifano; Lokales und Konflikte: Aia Karlshof; Anzeigen: Ed. Glaser; sämtlich in Berlin; Berlin: Bernhardt-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

## Musikaufträge

überlegt man nur dem Nachweis des Deutsch-Musikerverbandes, Berlin O 27, Hindenburgstr. 21 (Königsplatz 4310, 4048). Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntage 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

**Berliner Elektriker Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sog. Hausbetriebe  
Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 6525, 6526  
Filiale Westen, Wilmersdorf  
Landhausstr. 4, Tel.: Plötzburg 9831  
Ausstellungsräume und Lager:  
Alexanderstraße 39-40 (Alexander  
Passage), Telefon: Königsplatz 549  
Herstellung elektr. Licht-,  
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf  
aller elektr. Bedarfsartikel  
Ausführg. sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**Möbel**  
Spezial-  
Herren-  
schlaf-  
Zimmer,  
bekannt gut  
und billig.  
Kreuzgasse 10  
CHARLOTTENBURG  
Wilmersdorf Nr. 11  
Ecke Schiller Str.  
Kauf-Laden  
Bestellungen für ein  
reichhaltiges Lager

**Möbel - Spezialhaus**  
Zahlung bis 18 Monate  
ohne besondere  
Aufschläge od. Zinsberechnung  
Wir unterhalten ein jedem Gesch-  
mack Rechnung tragendes Lager  
in handwerksmäßig hergestellten  
Speisestimmern,  
Herrenstimmern,  
Schlafstimmern,  
Küchen,  
Kleingarnituren,  
Einzelmöbeln jeder Art  
**Möbel - Spezialhaus**  
Vertreter Th. Sperlbaum  
Berlin Wallstr. 76/79 1. Etage  
Untergrundbahn: Stat. Inselbrücke  
Straßenbahn: Station Spittelmarkt  
Stadtbahn: Bahnh. Jannowitzbrücke

**URANIA**  
12 Monatshefte  
und 4 wertvolle Bücher  
vierteljährlich ... nur 1,60 Mk.  
mit Ganzleinen-Buch 2,25 Mk.  
Probhefte und Prospekte gratis  
Zu beziehen durch  
die Annahmestellen und Boten-  
frauen des Vorwärts

**Gardinen!**  
Sonderangebote  
und  
Galgeländerskühle  
Künstler-  
Gardinen ... 2,90  
Madras-  
Gardinen ... 4,-  
Stores ... 2,20  
Bestecken  
1 Bettig ... 4,-  
Bestecken  
2 Bettig ... 8,-  
Spez.-Gardinen vert.  
Neukölln,  
Bergstr. 67  
am Rn. Bahnhof  
Kein Laden!

**Tapeten**  
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.  
Kleinstmöglich in allen Preislagen — herrliche Muster  
Tapeten für Puppenstuben — Linoleum u. Fußmatten  
**Tapeten-Magazin Humboldt**  
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße  
nur 1. Stock, kein Laden  
(Ringstr. hinter Kontorverglas 61111)  
Sonderpreis erhält 2% Rabatt.

**Korbmöbel! Sonderangebot!**  
An Private zu Engrospreisen  
Eigene Fabrikate in gediegenen  
Ausführungen kaufen Sie in  
großer Auswahl und billig bei  
**Wilhelm Schulze**  
Königsplatz 12, Hof part.  
Nähe Hackescher Markt  
Zahlungserleichterung  
Telephon: Alexander 4112

**Der gute Kapfän-Kaufabak**  
in die besten Drogen-  
geschäfte überall  
C. Röcker, Berlin  
Lichtenberger Straße 22, Kgt. 3661

**Bauplatz**  
unweit Straßenbahn  
u. h. z. Anbahnung  
nach  
Grünz. Bin. - Budow  
Tel.: Altesfeld 432

**Besonders** wirksam sind die  
Kleinen Anzeigen  
in der Gesamt-Auflage  
des Vorwärts und trotzdem  
billig!

**Bernau (Markt)**  
Neubauer, Markt 9  
Bergstr., 110 Ritter, 60  
Obst, 100 Pieren, 10  
Pohl, Charlottenburg,  
Reichenstraße 4.